

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehobene Korpuszeile 70 Hg. Kallamergasse 1.—Hr.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Peterstraße 10.
bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtagspflichtiger Bezugspreis: zwei wöchentlich 7.00 Hg.
von anderen Bezugspreisen 7.75 Hg. mit Porto
Stichtagspflichtiger Einzelnummer 25 Hg.
Stichtagspflichtige und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Peterstraße 10, auch von unseren Boten und allen
Postanstalten angenommen.

Antheltes Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 127

Donnerstag, den 27. Oktober 1921.

60. Jahrgang

Die Polonisierung beginnt.

Polen nimmt den Geser Grund an.
In der letzten Ministerratung in Warschau wurde der Text einer Note festgestellt, die der polnische Gesandte in Paris, Jomostel, dem Ministerpräsidenten Deland überreichen soll und worin Polen die Ansage der Geser Entschloßung des Oberen Rates anspricht. Die Polonisierung des Oberen Rates umschließt die oberste Verwaltung des Landes. Der Präsident der Polener Eisenbahndirektion, Domizinski, wurde zum polnischen Bevollmächtigten für das Eisenbahngeschäft in Oberschlesien ernannt.
Zu der den Städten Lublitz und Tarnowitz gegenüberliegenden polnischen Seite sind in den letzten Tagen weitere Truppen aus Kongresspolen eingetroffen. Die oberste Verwaltung des Landes in großen Massen über die Grenze, um dort mit Militärkraft und großen Geldmitteln zu werden. In Preussisch-Herby wurden kürzlich drei polnische Offiziere von den Engländern verhaftet, nach kurzer Verhandlung aber wieder freigelassen.

Deutsche Treue.

Wie aus Tarnowitz gemeldet wird, geht über den mit der Aufhebung der vorigen Beschlüsse bestehenden Zweifel in die Zukunft des polnischen Reiches ein deutsches Volk unerschrocken.
Die Kundgebungen aus Oberschlesien, die gegen das Geser Diktat förmlich protestieren, werden immer zahlreicher. Überall wo sich Deutsche in dem immer gekümmerten Lande zu finden, bekunden sie ihren unbefangenen Willen, dem deutschen Vaterlande treu zu bleiben. In dieser Kundgebung paart sich mit den Argumenten der Treue die Beweiskraft eines beiderseitigen Volkes.

Karl's Gefangennahme.

König Karl und Königin Rita in Horhys Gefangen-



Ein neuer Schritt der Entente.

Der Vizepräsident hat beschlossen, die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens in Budapest mit einer neuen Demarche zu beauftragen und durch sie der ungarischen Regierung, „gleichviel welcher“, die Forderung stellen zu lassen, König Karl der Krone für verlustig zu erklären, sich seiner Krone zu begeben und ihn unter Bedingungen, die die Alliierten festsetzen sich vorbehalten, des Landes zu verweisen.

Wenn die Regierung Horhys ihre oben mitgeteilten Pläne durchführt, wäre dieser Schritt dadurch gegenstandslos geworden. Auf Seiten der Kleinen Entente, in Belgien und in Paris, scheint man allerdings der Regierung Horhys in dieser Beziehung nicht recht zu trauen und hat erklärt, daß man auf alle Fälle in Bereitschaft bleiben wolle, bis man die notwendigen Garantien gegen eine Wiederholung eines solchen Falsches von der ungarischen Regierung erlangt haben werde.

Die Erhöhung der Gütertarife.

Der neue Gesetzentwurf der Eisenbahn, der im Rahmen der allgemeinen Erhöhung der Eisenbahnpreise am 1. November bzw. am 1. Dezember in Kraft treten soll, weist folgende Höhe auf:

In der niedrigsten Zone (1—50 Kilometer:
Für Sendungen bis 20 Kilogr. 3 Hg., bis 30 Kilogr. 4,50 Hg., bis 40 Kilogr. 5,50 Hg., bis 50 Kilogr. 6,50 Hg., bis 60 Kilogr. 8 Hg., bis 70 Kilogr. 9 Hg., bis 80 Kilogr. 11 Hg., bis 90 Kilogr. 12 Hg., bis 100 Kilogr. 13 Hg.

In diese 1. Zone fallen hier weitere 16 Zonen, von denen jede die folgenden 50 Kilometer Entfernung einschließt, also die zweite Zone (51—100 Kilometer), in der der Gehalt bis 10 Kilogr. 3 Hg., bis 20 Kilogr. 4,50 Hg., bis 30 Kilogr. 5,50 Hg., bis 40 Kilogr. 6,50 Hg., bis 50 Kilogr. 8 Hg., bis 60 Kilogr. 9 Hg., bis 70 Kilogr. 11 Hg., bis 80 Kilogr. 12 Hg., bis 90 Kilogr. 13 Hg., bis 100 Kilogr. 14 Hg.

In der dritten Zone findet die Beförderung von 10 Kilogr. 4,50 Hg., von 20 Kilogr. 6 Hg., von 30 Kilogr. 8 Hg., von 40 Kilogr. 9 Hg., von 50 Kilogr. 11 Hg., von 60 Kilogr. 12 Hg., von 70 Kilogr. 13 Hg., von 80 Kilogr. 14 Hg., von 90 Kilogr. 15 Hg., von 100 Kilogr. 16 Hg.

In der vierten Zone findet die Beförderung von 10 Kilogr. 4,50 Hg., von 20 Kilogr. 6 Hg., von 30 Kilogr. 8 Hg., von 40 Kilogr. 9 Hg., von 50 Kilogr. 11 Hg., von 60 Kilogr. 12 Hg., von 70 Kilogr. 13 Hg., von 80 Kilogr. 14 Hg., von 90 Kilogr. 15 Hg., von 100 Kilogr. 16 Hg.

In der fünften Zone findet die Beförderung von 10 Kilogr. 4,50 Hg., von 20 Kilogr. 6 Hg., von 30 Kilogr. 8 Hg., von 40 Kilogr. 9 Hg., von 50 Kilogr. 11 Hg., von 60 Kilogr. 12 Hg., von 70 Kilogr. 13 Hg., von 80 Kilogr. 14 Hg., von 90 Kilogr. 15 Hg., von 100 Kilogr. 16 Hg.

Zur Lage.

Preussens 800-Millionen-Defizit. Im Haushaltsanschlag des Preussischen Landtag drachte Finanzminister Sacm Hg den Etat seines Reiches an. Er führte aus, daß aus dem Rechnungsabluß für 1920 ein Defizit von 800 Millionen zu entnehmen sei, welches aber durch nachträgliche Ueberweisungen in der Einnahme abgeglichen werden würde. Man rechnet mit Sicherheit darauf, daß das Einkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1920 wesentlich höher sein wird, als bisher angenommen. In dem Haushaltsabluß für 1920 setzen zu können, müßte das Steuerertrögen in Höhe an Einkommen- und Körperschaftsteuer 16 1/2 Milliarden Mark betragen. Auf ein solches Einkommen wird man wohl rechnen dürfen, wenn auch der Eingang der Steuern für 1920 zum erheblichen Teil erst 1922 zur Kasse kommen wird. Für 1921 wird man sich also absehen können, wenn man durch Steuern doch ein Defizit von rund 900 Millionen Mark. Ursprünglich war das Defizit auf 2,3 Milliarden eingeschätzt. Es müßten für 1921, um ohne Haushaltsabluß abzuweichen, noch 933,1 Millionen neue Steuern bereitgestellt werden. Für die Deckung dieses Defizits ist ein Grundsteuerertrag in Höhe von 1,5 Milliarden vorgesehen, der seit Mitte September dem Staatsrat zur Begutachtung vorliegt. Leider ist das Gutachten des Staatsrats noch nicht erfaßt. Auch bezüglich des Haushalts für 1922 sei vor einem Diktums zu warnen. Der Minister verspricht, der Entwurf dieses Haushalts möglichst so zeitig vorzuliegen, daß er vor Beginn des Etatsjahres zur Beschließung kommen könne. Mit der obersten Entscheidung zeige die Entente, wie die Gefährdung der Weltwirtschaft abgefohrt werde.

Einladung Deutschlands nach Washington? Der New Yorker Korrespondent der „Daily Express“ meldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten erwägt, eine Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Gattungsabstimmung in Washington zu senden. Der Zweck der Einladung besteht darin, ein Abkommen zwischen den alliierten Mächten zu erlassen, die Truppen vom Rhein zurückzuführen. Da der Washingtoner Regierung die Entschloßung besonders auf zu Lande ebenso wie die zur See nahe geht, erwägt sie, welche Sanktionen möglich sind, um die Ausführung des Beschlusses zu erzwingen, falls er garantiert, daß die Alliierten das Besetztes Gebiet verlassen.

Die Stärke der Weltwirtschaft. Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ veröffentlicht statistische Angaben über die Entwicklung des Mitgliederbestandes und der Finanzen der freigewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1920. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1920 8 938 841, d. h. mehr als Ende 1919. Die Gesamtentnahmen des Jahres 1920 betragen sich 1920 auf 747 Millionen Mark, von denen über 700 Millionen an Beiträgen stammten. Vorausgesetzt

wurden rund 544 Millionen, davon 183 Millionen für die Verwaltung, 108 1/2 Millionen für Arbeitslöhne und 105 Millionen für Unterhaltungen. Die Ausgaben für Arbeitslöhne sind gegen das Vorjahr um 100 Hg. gestiegen. Die Gesamtmitgliederzahl der Arbeitervereinigungen aller drei Richtungen (Freie, Christliche und Nicht-Christliche) betrug 1920 9 192 892 gegen 6 527 187 1919. Die Gesamtentnahmen aller dieser Organisationen werden mit 844 1/2 Millionen, ihre Ausgaben mit 617 Millionen Mark angegeben.

Die Verengung der amerikanischen Arbeitslosenfrage. Die „New York Times“ meldet aus Washington: Der Kriegsgeneralsekretär ordnete an, daß die amerikanischen Truppen in Deutschland um ungefähr 126 Offiziere und 7873 Mann verringert werden; es verbleiben in Deutschland ungefähr 327 Offiziere und 5217 Mann. Die Beschaffung wird ausgedehnt durch zwei Transportdampfer vom Mitte November bis Mitte März. Die „New York Times“ fügt hinzu, offenbar hätten internationale Entengungen, die mit der bevorstehenden Entlassung von amerikanischen Truppen zusammenhängen, den Beschluß, Truppen in Deutschland zu behalten, mit Verursachung für die Abschließung der amerikanischen Arbeitslosenfrage um ungefähr 140 000 Dollar besetzt werden.

Das Ergebnis der Berliner Wahlen. Das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahl ist auf Grund genauer Nachrechnung nochmals geordnet worden. Dabei wurde festgestellt, daß die freie Vereinigung Anspruch auf ein Stadtverordnetenmandat hat. Die Sozialisten werden 19 Mandate und die Bürgerlichen 115 erhalten. Die Deutschnationalen erhalten 40, die Deutsche Volkspartei 35, die Demokraten 17, die Christliche Vereinigung 12 und das Zentrum 8, die Kommunisten 21, die Unabhängigen 12, die Christlichsozialen 46, die Deutschsozialen 1 und die Freie Vereinigung 1.

Unterzeichnung der Danziger Wirtschaftskonvention. In Warschau fand die förmliche Unterzeichnung der Danzig-polnischen Wirtschaftskonvention durch den Danziger Senatpräsidenten Dr. Sahm und den Präsidenten der Republik Polen, Pilsudski, statt, die vorsieht, daß der Abbau der Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen mit dem 1. Januar 1922 beginnt und am 1. April 1922 durchgeführt sein muß. Nach der Vollendung zwischen beiden Staaten tritt dann in Kraft. Amstlich der Anwesenheit der Danziger Delegation soll u. a. auch die wichtige Frage der Forderung Danziger Gläubiger an polnische Schuldner erneut behandelt werden.

Zur Einordnung des bulgarischen Streikministers in die bulgarische Gesellschaft in Berlin mit: Der erkrankte bulgarische Streikminister Alexander Dimitroff war einer der tatkräftigsten Führer der bulgarischen Bauernpartei, auf die gegenwärtige Regierung hervorgegangen ist. Durch seine strengen Maßnahmen zur Grenzüberwachung im Sinne des Anschließung Bulgariens an die Nachbarstaaten anstreben den bulgarischen Programms, hatte sich Dimitroff den Gg. unheimlichen Ruf erworben. Er war ein energischer Vorkämpfer wieder erkrankt und starb. Er liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß er dieser Ansehung zum Opfer gefallen ist.

Wiederkehr der alten Koalition. Berlin, 25. Oktober. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann heute vormittag in einem besonderen Schreiben den Beschluß der Deutschen Volkspartei dem Reichspräsidenten überreicht hatte, der die gezielte Kompromissformel abgibt, führte der Reichstags über die Bildung einer neuen Regierung mit den Führern der bisherigen Koalition in Verbindung zu treten weiter. Zu einem endgültigen Abschluß sind die Beratungen bis zur Stunde noch nicht gekommen.

Verfolgung der Kartisten. Budapest, 25. Oktober. Die Regierung erließ Haftbefehle gegen die Abgeordneten Stefan Friedrich, Generalleutnant und Georg Szerecsanyi, ferner gegen die Generale Gornath, Sauer, Graf Hugo Szigon, Borovitski, Oberst Wolff und Major Ditzenburg. Sie sind des Auftrages angeklagt und zum Tode verurteilt. Sie sollen ohne Rücksicht auf das Immunitätsrecht festgenommen werden. Die Abgeordneten Friedrich und Szigon befinden sich bereits bei der Polizei in Gewahrsam. Dem Abgeordneten Szerecsanyi gelang es, als Geheimdienstler in Ungarn zu kommen, und das Fenster seiner Wohnung zu entkommen; er flüchtete in den Automobils.

Das Defizit in Bayern. München, 25. Oktober. Beim Zusammentritt des Landtags werden von Finanzminister die Staatsausgaben für 1921/22 überreicht werden. Für 1922 beträgt das Defizit rund eine Viertelmilliarde, während der Staatshaushalt selbst für 1921 an Ausgaben 2,5 Milliarden überlegen dürfte. Eine Deckung des Defizits ist bisher noch nicht vorhanden.